



Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Eltern, die ihre Kinder mit (Hör-)Behinderung fördern und somit viele zusätzliche Termine wahrnehmen müssen, keine finanziellen Nachteile insbesondere bei der Rente entstehen?

Antwort CDU/CSU:

Klar ist für uns: Eine gute Familienpolitik ist die beste Inklusionspolitik. Insbesondere für Eltern, die ein Kind mit Pflegegrad 2 oder höher haben, übernimmt die Pflegeversicherung für die Pflegeperson Beiträge an die gesetzliche Rentenkasse, wenn das Elternteil weniger als 30 Wochenstunden erwerbstätig und die Pflege mindestens zehn Stunden an wenigstens zwei Tagen pro Woche umfasst.

Antwort SPD: **Soziale Politik für Dich.**

Die SPD setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein, in der das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich ist und Kinder mit Behinderungen bestmöglich gefördert werden. In der Rentenversicherung können Brüche im Erwerbsleben nur bedingt ausgeglichen werden, z.B. durch Kindererziehungs- und -berücksichtigungszeiten. Wir wollen deshalb das Leben von Kindern und Eltern erleichtern - schon vor der Rente. Wir wollen einen Sozialstaat, der das Leben der Menschen leichter und sicherer macht. Teilhabe muss unbürokratisch, transparent, verlässlich und ohne Hürden zugänglich sein. Dazu müssen Bescheide und Schriftwechsel klar verständlich sein. Für alle Fragen des Sozialstaats brauchen wir niedrigschwellige, bürgerfreundliche Zugangsmöglichkeiten und Klärungswege wie aus einer Hand, auch über unabhängige Beratungsstellen.

Von der durch die SPD durchgesetzten Grundrente können auch Eltern profitieren, die wegen Kindererziehung nur Teilzeit arbeiten konnten. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich Kindererziehung nicht negativ auf die Rente auswirkt. In der nächsten Legislatur wollen wir die Grundrente evaluieren, weiterentwickeln und auch hier bürokratische Hürden abbauen.



Antwort Grüne:

Spezielle rentenrechtliche Regelungen für Eltern von Kindern mit (Hör-)Behinderungen haben wir bisher noch nicht diskutiert. Wir GRÜNE wollen sicherstellen, dass alle Menschen im Alter von ihrer Rente leben können. Dazu wollen wir GRÜNE das gesetzliche Rentenniveau stabilisieren, die Grundrente zur Grünen Garantierente weiterentwickeln, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung umbauen und eine sogenannte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für Geringverdiener*innen einführen.

Antwort LINKE:

Wir möchten Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen entlasten. DIE LINKE fordert bedarfsdeckende Teilhabeleistungen wie Assistenz in allen Lebensbereichen für Menschen mit Behinderungen - damit auch für Kinder mit Behinderungen, die vollständig unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt werden müssen. Diese Assistenz könnte die Kinder mit Behinderungen beispielsweise bei der Kommunikation unterstützen und die Termine mit den Kindern wahrnehmen. Wenn Assistenz seitens der Eltern nicht gewünscht ist, dann sollten die Arbeitsbedingungen so flexibel ausgestaltet werden, dass auch im Rahmen der Arbeitszeit solche Unterstützungen möglich sind.



Antwort FDP:

Eltern, die ihre Kinder mit (Hör-)Behinderung fördern und somit viele zusätzliche Termine wahrnehmen müssen, verdienen unser aller Respekt. Für uns Freie Demokraten gehört hierzu auch ein finanzieller Ausgleich, um substanziellen Nachteilen entgegenzuwirken. Eine spezielle rentenrechtliche Regelung halten wir in solchen Fällen jedoch nicht für zielführend.